



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abschaffung aller durch Feminismus und Gender Mainstreaming bedingten Schreibweisen im amtlichen Gebrauch

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/3252**

Der Landtag wolle beschließen:

Sprachliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der Rechts- und Verwaltungssprache des Landes fortschreiben

1. Die Gleichstellung von Frauen und Männern wird durch Anwendung einer geschlechtergerechten Sprache in Gesetzen, Rechts- und Verwaltungsvorschriften, bei der Gestaltung von Vordrucken, in Stellenausschreibungen und in amtlichen Schreiben zum Ausdruck gebracht.
2. Die bestehenden rechtlichen Vorgaben zur sprachlichen Gleichstellung sind derzeit ausreichend.

Begründung

Nach Art. 3 Abs. 2 GG und nach Art. 7 Abs. 2 der Landesverfassung Sachsen-Anhalt sind Frauen und Männer gleichberechtigt. Darüber hinaus besteht nach Art. 34 der Landesverfassung die Verpflichtung, die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft durch geeignete Maßnahmen zu fördern. Dazu gehört auch, Frauen und Männer in der Sprache gleich zu behandeln.

So verfügt das Land über detaillierte Regelungen im „Gesetz zur Förderung der Gleichstellung der Frau in der Rechts- und Verwaltungssprache des Landes Sachsen-Anhalt“ und den „Grundsätzen der Rechtsförmlichkeit“. Zu beachten ist, dass die sprachliche Gleichstellung in Vorschriftentexten nicht auf Kosten der Verständlichkeit und Klarheit gehen darf. Daher gilt es folgende Grundsätze einzuhalten:

(Ausgegeben am 29.08.2018)

- Die Personenbezeichnung muss eindeutig sein.
- Der Text muss so formuliert sein, dass er auch dann verständlich ist, wenn er vorgelesen wird.
- Der Text muss übersichtlich sein.
- Die Formulierung sollte nicht zu sehr vom allgemeinen Sprachgebrauch abweichen.

Weiterhin sind bei der Umsetzung der sprachlichen Gleichstellung rechtssystematische Gesichtspunkte zu beachten. So kann es bei der Änderung von umfangreichen Stammgesetzen sinnvoll sein, die sprachliche Gleichstellung durch die Einfügung einer Gleichstellungsklausel umzusetzen.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN